

## Bundestag beschließt Digitalfonds - Kein Ausbauziel für 5G auf dem Land

Der vom Bundestag beschlossene Fonds „Digitale Infrastruktur“ soll den Breitbandausbau im ländlichen Raum finanziell unterstützen. Hoffnungen setzt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase, insbesondere auf den damit verbundenen Wechsel zur Glasfasertechnologie. Bei der Festlegung der Vergaberegeln für die 5G-Lizenzen fanden ländliche Regionen nur eingeschränkt Beachtung. Auflagen betreffen hier lediglich die Datenverbindungen von 100 Mbit/s. Verbesserungen bei der Förderung der Breitbandversorgung sieht der neue Rahmenplan für die Gemeinschaftsaufgabe vor.

Länderberichte 13

## Umweltpolitiker für EFSA-Transparenzregeln-Kupferhaltige Mittel weiter erlaubt

Für einen transparenteren Zulassungsprozess für Pflanzenschutzmittelwirkstoffe in der Europäischen Union hat sich der Umweltausschuss des Europaparlaments ausgesprochen. Die geplanten Transparenzregeln zielen vor allem auf die Risikobewertung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ab. Vorgesehen ist die Einrichtung eines Registers für alle zulassungsrelevanten Studien. Ferner sollen sämtliche Unterlagen bereits ab dem Zeitpunkt der Antragstellung öffentlich zugänglich sein. Derweil stimmte eine große Mehrheit der EU-Staaten der von der Kommission vorgeschlagenen Zulassungsverlängerung für kupferhaltige Pflanzenschutzmittel um sieben Jahre zu.

EU-Nachrichten 1

## Union will nationales Management und Jagdrecht für den Wolf

Die Unionsfraktion hat sich auf einen konsequenteren Umgang mit dem Wolf verständigt. In einem Positionspapier sprechen sich CDU und CSU für eine Überführung des Rauntieres ins Jagdrecht aus. Generell sollen Wölfe künftig auf Distanz zu Siedlungsgebieten gehalten werden. Für unerlässlich wird ein nationaler Wolfsmanagementplan angesehen, mit dem Bestandshöhe und Ausbreitung auf wissenschaftlicher Grundlage organisiert und - wenn nötig - reguliert werden. Der Deutsche Jagdverband (DJV) begrüßte den Vorstoß der Unionsfraktion. Unterdessen ist es in Niedersachsen womöglich zum Angriff eines Wolfs auf einen Menschen gekommen. Es wäre der erste seit der Wiederansiedlung dieser Tierart in Deutschland.

Länderberichte 17

## Galgenfrist für Kastration ohne Betäubung

Drei Gesetzesänderungen hat der Bundestag beschlossen, über die teilweise seit Jahren heftige Auseinandersetzungen geführt worden sind. Mit der auch innerhalb der Koalition lange strittigen Änderung des Tierschutzgesetzes wurde die Übergangsfrist für die betäubungslose Ferkelkastration noch einmal um zwei Jahre verlängert. In dieser Zeit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die als geeignet eingestuft Methoden Isofluran-Narkose, Immunokastration und Ebermast die volle Praxisreife sowie Akzeptanz im Markt erlangen. Der Bauernverband setzt allerdings weiterhin auch auf die Lokalanästhesie als vierten Weg. Beschlossen hat der Bundestag ferner die Abschaffung der Hofabgabeklausel in der Alterssicherung der Landwirte (AdL). Damit zieht das Parlament die Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem die Hofabgabeklausel als verfassungswidrig eingestuft wurde. Zur Abmilderung einer möglichen finanziellen Mehrbelastung wird der Solidarzuschlag in der Landwirtschaftlichen Krankenversicherung (LKV), mit dem aktive Landwirte seit 2005 an der Finanzierung der Kosten für die Altenteiler in der LKV beteiligt werden, abgesenkt. Der Bauernverband begrüßte die Entscheidung zur Hofabgabeklausel als Beitrag zur Rechtsklarheit für die Versicherten. Das Bundeslandwirtschaftsministerium will sich dafür einsetzen, dass die mit der bisherigen Hofabgabeverpflichtung verbundenen agrarstrukturellen Ziele weiter erreicht werden können. Unter anderem sollen Junglandwirte verstärkt gefördert werden. Schließlich beschloss das Parlament, die sogenannte 70-Tage-Regelung für die Beschäftigung von Saisonarbeitskräften unbefristet zu verlängern.

Länderberichte 20, 28 und 31